Das geisteswissenschaftliche Buch im digitalen Zeitalter

Der Schweizerische Nationalfonds, seine Open-Access-Strategie und die Macht der Zeitschriften-Multis. ***Von Caspar Hirschi***

Der Schweizerische Nationalfonds knüpft die Förderung wissenschaftlicher Forschung enger an die Voraussetzung, dass die Forschungsresultate im Internet frei zugänglich gemacht werden. Bedroht er damit die Kultur des geisteswissenschaftlichen Buches?



Es wird, auch wenn manche Bibliotheken grösser und schöner werden, eng für das gute geisteswissenschaftliche Buch. PRO LITTERIS GAËTAN BALLY / KEYSTONE / © PRO LITTERIS

Die Entrüstung ist gross, seit der Schweizerische Nationalfonds Mitte April eine Änderung seiner Förderinstrumente für wissenschaftliche Buchveröffentlichungen bekanntgegeben hat. Was der Nationalfonds als Umsetzung seiner Open-Access-Strategie versteht, halten viele Betroffene für einen Angriff auf die Geisteswissenschaftsverlage, ja auf die geisteswissenschaftliche Buchkultur schlechthin, die dem in den Naturwissenschaften dominierenden Zeitschriften-Einerlei geopfert werden solle. In kurzer Zeit ist im Internet eine «Petition» aufgeschaltet worden, die vom Nationalfonds mehr Geld für die geisteswissenschaftlichen Verlage und mehr Freiheit für geisteswissenschaftliche Autoren fordert. Mittlerweile haben viertausend Personen aus dem In- und Ausland unterzeichnet, Tendenz steigend.

Derweil reibt man sich am Wildhainweg in Bern, dem Sitz des Nationalfonds, verwundert die Augen. Die Summe, die man für geisteswissenschaftliche Publikationen bereitgestellt hat, ist so hoch wie nie zuvor, die Verlage erhalten anstelle des gestrichenen Druckkostenzuschusses weiterhin Mittel für die Druckvorstufe sowie neu für die digitale Aufbereitung, und die geförderten Buchpublikationen müssen erst zwei Jahre nach dem Erscheinungstermin frei zugänglich sein. Dass die geisteswissenschaftlichen Subventionsverlage mit dieser Massnahme in ihrer Existenz bedroht sein sollen, ist für den Nationalfonds schwer zu glauben, zumal er die Verlage im Vorfeld angehört und ihre wichtigsten Anliegen aufgenommen hat.

Ein berechtigter Protest?

Ist das Szenario von der bedrohten Buchkultur also bloss ein Hirngespinst gelehrter Paranoiker? Leider nein. Die Geisteswissenschafter haben zu Recht protestiert, und sie haben zu Recht die Hauptgefahr für das geisteswissenschaftliche Buch im Publikationswesen der Natur-, Lebens- und Sozialwissenschaften ausgemacht. Allein, sie haben für ihren Protest den falschen Anlass, den falschen Gegner und den falschen Verbündeten gewählt.

Um mit dem Verbündeten zu beginnen: Auf der Protestplattform im Internet ist das Bild einer Grossbuchhandlung mit zahlreichen Büchertischen zu sehen, auf denen gebundene Verkaufsschlager gestapelt sind. Der französische Petitionstext wirft dem Nationalfonds vor, er verwechsle das Peer-Review-Verfahren durch wissenschaftliche Kollegen mit der editorischen Arbeit «proprement dit». Dazu zählten «die Strukturierung des Textes, die Arbeit an der Sprache, die Korrektur der Syntax, der Grammatik, der Orthographie, die typografische und ikonografische Formatierung sowie das Seitenlayout». Erst durch diese editorische Arbeit werde eine echte Konzeption der Werke ermöglicht.

An dieser Darstellung ist nichts auszusetzen, ausser dass sie die Verlagsarbeit beschreibt, wie sie sein sollte, und nicht, wie sie meist ist. Noch gibt es Verlage, die jene intellektuelle und ästhetische Wertvermehrung leisten, die geisteswissenschaftliche Bücher für Buchhandlungen und deren Kundschaft interessant machen. Am besten darin sind aber jene, die sich gerade nicht vom Nationalfonds oder anderen Stiftungen finanzieren lassen, sondern Publikumsverlage wie Suhrkamp, Hanser, S. Fischer und C. H. Beck. Sie haben ein existenzielles Interesse, Bücher zu machen, die sich im Buchhandel verkaufen. In der Schweiz sucht man sie vergeblich. Es gibt hierzulande wenige Nischenverlage, die ein Mischsortiment aus fremd- und selbstfinanzierten Titeln pflegen. Der grosse Rest sind Subventionsverlage, die ihre Bücher von Stiftungen oder direkt von ihren Autoren vorfinanzieren lassen, um sie danach an Bibliotheken zu verkaufen. Ihr Geschäftsmodell ist keine Schweizer Spezialität, sondern entspricht jenem vieler deutscher Verlage, mit denen sie sich auch den bibliothekarischen Absatzmarkt teilen. Im Schnitt dürften sie weniger als zehn Prozent ihres Umsatzes über den Buchhandel erwirtschaften.

Arbeitet man als Geisteswissenschafter mit Subventionsverlagen zusammen, bleibt vom schönen Bild der verlegerischen Wertvermehrung wenig übrig. In der Regel schickt der Verlag den Autoren oder Herausgebern ein Stylesheet mit Angaben, wie die Textdateien formal auszusehen haben. Eine Universitätsassistentin macht dann die Arbeit, für die der Verlag die Zuschüsse bekommt. Sie formatiert, lektoriert und redigiert, ohne dafür ausgebildet zu sein, schickt die Datei anschliessend dem Verlag, und dieser gibt sie ungelesen und unverändert in den Druck. Ein Verlagslektorat ist ein Glücksfall, eine gründliche Redaktion ein Wunder. Der Grossteil der Subventionsverlage hat, um ein Bild des Germanisten Carlos Spoerhase zu verwenden, seine Berufung darin gefunden, eingesandte Dateien mithilfe gefällter Bäume an Bibliotheken auszuliefern. Entsprechend grossartig sehen die Bücher häufig aus.

Wenn man sich diese Praxis vor Augen führt, könnte man dem Nationalfonds höchstens vorwerfen, mit seinem Entscheid zu wenig weit gegangen zu sein. Subventionsverlage sind im digitalen Zeitalter nur dann von Nutzen, wenn sie Publikationen realisieren, die sich Publikumsverlage nicht leisten und Geisteswissenschafter nicht selbst basteln können. Voraussetzung dafür ist, dass sie eine strengere Eingangsselektion betreiben, angenommene Textdateien stilistisch durcharbeiten, grafisch gestalten und digital anreichern – und nur jene Dateien in Bücher verwandeln, denen sie mehr zutrauen, als nur Bibliotheksregale zu zieren.

Eine Neupositionierung in diesem Sinn kann zur Lösung eines der grössten Probleme des digitalen Zeitalters beitragen: die Filterung und Hierarchisierung des Publikationsangebots. Sie ermöglicht eine qualitative Unterscheidung zwischen verlegerisch publizierten und von Autoren selbst publizierten Dateien und eine funktionale Unterscheidung zwischen Dateien und Büchern. Dabei sind neue digitale Publikationsformate gerade in traditionellen Buchdisziplinen wie der Philologie oder der Kunstgeschichte gefragt, wo sie die bestehenden Verweissysteme in Text und Bild aus dem Korsett des Buchformats befreien könnten.

Zeitschriften-Konzerne

Der Entscheid des Nationalfonds, nicht mehr in den Druck, sondern in die digitale Anreicherung zu investieren, ist aus dieser Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Die Frage ist bloss, ob die jetzigen Verlage die Mentalität und Kapazität besitzen, um den Regimewechsel erfolgreich umzusetzen.

Für die Zukunft des geisteswissenschaftlichen Buches sind aber noch zwei andere Bedingungen entscheidend, und bei beiden kommt dem Nationalfonds eine Verantwortung zu. Erstens darf die Open-Access-Pflicht nicht auf Bücher ausgeweitet werden, die ohne Druckkostenzuschüsse hergestellt werden. Es wäre der sichere Tod für die geisteswissenschaftlichen Programme in den Publikumsverlagen. Sie sind für die Geisteswissenschaften das, was «Nature» und «Science» für die Natur- und Lebenswissenschaften darstellen: die wichtigsten Bühnen nach innen und aussen. Da die meisten Publikumsverlage mit ihren geisteswissenschaftlichen Programmen nicht Gewinne erzielen, sondern Profite aus einträglicheren Sparten in Prestige umwandeln, würde ihnen bei einer Open-Access-Pflicht wohl rasch der Schnauf ausgehen.

Zweitens müssen die grossen Zeitschriften-Konzerne der Natur- und Lebenswissenschaften in die Knie gezwungen werden. Könnte man angesichts der Trägheit geisteswissenschaftlicher Subventionsverlage leicht von wirtschaftsliberalen Anwandlungen befallen werden, würden sie einem von den Zeitschriften-Multis im Bereich der Naturwissenschaften gleich wieder ausgetrieben. Dass Elsevier, Wiley und Springer private Gewinne auf staatliche Kosten maximieren, ist mittlerweile bekannt. Weniger bekannt ist, dass sie einen «wissenschaftlichen Kannibalismus» praktizieren, der in der Wissenschaftsgeschichte seinesgleichen sucht.

Ihre Preistreiberei bei Zeitschriftenabonnements und Nutzungsgebühren zwingt Universitätsbibliotheken dazu, bei den Etats für geisteswissenschaftliche Bücher zu sparen. In den Vereinigten Staaten haben sich die Zeitschriftenausgaben der Universitätsbibliotheken seit 1986 verfünffacht, während die Ausgaben für Bücher nicht einmal mit der Inflation Schritt halten konnten, obwohl die Anzahl Neuerscheinungen konstant gestiegen ist. Auf dem europäischen Kontinent sieht die Lage wegen stagnierender Bibliotheksbudgets vielerorts noch schlechter aus. Grundsätzlich stehen die amerikanischen Universitätsverlage und die deutschsprachigen Subventionsverlage aber vor der gleichen Herausforderung, wie sie bei steigender Produktion und sinkendem Absatz überleben sollen.

Wie ist es möglich, dass eine Chemie-Zeitschrift, wie Robert Darnton, der Direktor der Universitätsbibliothek Harvard, kürzlich vorgerechnet hat, 1970 im Schnitt 33 Dollar pro Jahr kostete, heute aber 4044 Dollar kostet? Steigende Produktionskosten lassen sich dafür kaum veranschlagen, denn Elsevier, Wiley und Springer haben sie, wo immer es geht, an die Wissenschaftsinstitutionen ausgelagert. Diese bezahlen nicht nur die Forschung, sondern auch die Begutachtung und Redaktion.

Die Verlagskonzerne nutzen die nicht intendierten Effekte der Ranking-Manie in den Natur-, Lebens- und Sozialwissenschaften. Die Zeitschriften-Ranglisten haben bei den Forschenden den Herdentrieb ausgelöst, mit ihren Papers die Portale der höchstrangigen Journale einzurennen. Ein Verlag, der solche Journale besitzt, kann Phantasiepreise verlangen, weil Universitätsbibliotheken zum Kauf verdammt sind, wollen sie die Forschenden bei Laune halten. Die Zeitschriften-Multis haben die Erpressung perfektioniert, indem sie für ihre Flaggschiff-Journale mehrere zehntausend Franken jährlich verlangen, aber einen Rabatt gewähren, wenn Bibliotheken ein ganzes Zeitschriften-Bündel abonnieren. Auf diese Weise werden sie auch minderwertige Ware zu überrissenen Preisen los.

Die Strategie funktioniert umso besser, je höher der Marktanteil einer Firma ist. Elsevier, der grösste und teuerste Zeitschriftenverkäufer, hat 2013 mit seinem natur-, technik- und lebenswissenschaftlichen Sortiment bei einem Umsatz von zweieinhalb Milliarden Euro einen Gewinn von knapp einer Milliarde Euro erzielt. Um das System aufrechtzuerhalten, jagt Elsevier den Bibliotheken, sobald sie Anstalten machen, ihre wissenschaftliche Ware allzu freizügig unters forschende Volk zu bringen, die besten Anwaltskanzleien auf den Hals.

Zudem bearbeiten die drei Konzerne staatliche Gesetzgeber, Open-Access-Regelungen aufzuweichen oder so hinzubiegen, dass sie Wasser auf die Mühlen des eigenen Geschäfts lenken. Tatsächlich ist es den drei Verlagen gelungen, mit Open Access eine weitere Einkommensquelle zu erschliessen. Autoren, die das Wachstum des freien Wissens oder der eigenen Zitationen befördern wollen, können ihre Artikel öffentlich zugänglich machen – gegen eine Gebühr von bis zu 5000 Dollar. Für die restlichen Artikel der Zeitschrift kann der Verlag weiterhin die jährlich steigende Abonnementsgebühr einstreichen.

Wer bezahlt die Zusatzkosten für diesen hybriden Open Access? Der Nationalfonds fördert den «goldenen Weg»: Er unterstützt Publikationen in Open-Access-Zeitschriften, nicht aber Open-Access-Aufsätze in gebührenpflichtigen Journalen. Das ist gut, aber nicht genug. Forschende werden nur «ermuntert», den goldenen Weg zu gehen. Die Ermunterung kommt einer Handreichung durch die Hintertür für Elsevier und Co. gleich. Vom Nationalfonds geförderte Natur-, Lebens- und Sozialwissenschafter können das Geld für die Open-Access-Gebühr einfach aus einem anderen Topf nehmen. Viele halten das auch für sinnvoll, zahlen doch nicht sie die Zeche für die Politik der Konzerne. Zudem drehen sich die meisten Wissenschafter dieser Disziplinen in der Publikations- und Zitationsmühle wie der Hamster im Rad; den Zeitschriften-Multis abzuschwören, erachten sie als Privileg von Forschenden, die nichts mehr zu beweisen haben.

Zweierlei Mass?

Sollte es der Nationalfonds nicht schaffen, gegenüber den Zeitschriften-Konzernen eine härtere Gangart einzuschlagen, müsste er sich vorwerfen lassen, die Wissenschaftsverlage mit zweierlei Mass zu messen. Es ist nicht schwer, sich die geisteswissenschaftlichen Subventionsverlage vorzuknöpfen. Sie haben weder die Kriegskasse noch die Lobby-Armee, um sich wirkungsvoll zur Wehr zu setzen. Um gegen die Zeitschriften-Multis vorzugehen, braucht es einen anderen Effort, und es braucht die Rückendeckung der Politik, Bündnisse mit ausländischen Förderorganisationen und Kooperationen mit Bibliotheken und Universitäten.

Ein Anfang wäre gemacht, wenn der Nationalfonds den von ihm geförderten Forschenden verbieten würde, in zahlungspflichtigen Zeitschriften der drei genannten Konzerne zu publizieren. Er könnte sich dabei auf den Auftrag im Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz berufen, dafür zu sorgen, dass «die Forschungsresultate im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen der Öffentlichkeit zugänglich sind». Lösen kann man das Problem jedoch nur auf internationaler Ebene, indem man den Verlagen das Futter entzieht, von dem sie leben. Damit wäre nicht nur dem geisteswissenschaftlichen Buch, sondern auch dem Frieden zwischen den Wissenschaften geholfen.

Prof. Dr. **Caspar Hirschi** lehrt Geschichte an der Universität St. Gallen. Seine Hauptforschungsgebiete sind die Organisation wissenschaftlicher Institutionen, die Stellung von Experten in Geschichte und Gegenwart sowie Theorie und Geschichte des Nationalismus.